



An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Monika Lazar  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Miguel Berger**  
Staatssekretär

Berlin, den 6. Mai 2021

**Schriftliche Fragen für den Monat April 2021**  
**Frage Nr. 4-431**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Ihre Frage:

***Welche weiteren Schritte hat die Bundesregierung seit 2017 gegenüber den spanischen Behörden unternommen, um gegen den Einsatz der spanischen Polizei gegen die Fans des FC Bayern München während des Champions-League-Spiels bei Real Madrid am 18. April 2017 (vgl. <https://www.sueddeutsche.de/panorama/fc-bayern-muenchen-real-madrid-champions-league-polizeigewalt-1.5264528> und <https://www.abendzeitung-muenchen.de/sport/fcbayern/vier-jahre-nach-bernabeu-bayern-fan-klagt-polizei-an-art-722101>, aufgerufen am 29.04.2021) Protest einzulegen sowie Aufklärung zu verlangen, und welche Informationen über diese Vorfälle und über den weiteren Verlauf des Verfahrens wurden seitens der spanischen Behörden seitdem an deutsche Behörden übermittelt (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 18/12241)?***

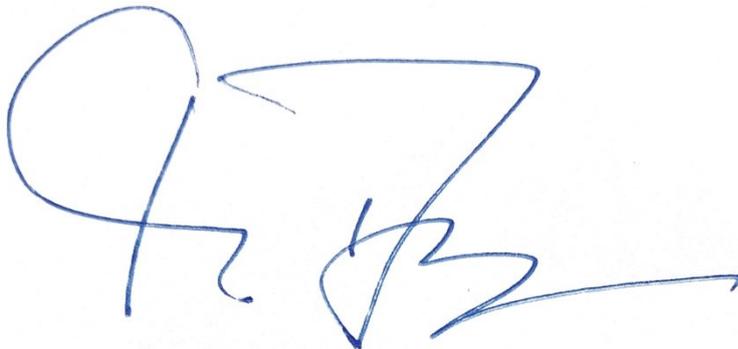
beantworte ich wie folgt:

Die deutsche Botschaft in Madrid hat bereits am Tag nach dem Spiel des FC Bayern München gegen Real Madrid auf Botschafterebene Kontakt mit den spanischen Behörden aufgenommen und um Aufklärung der Angelegenheit gebeten. Bei UEFA-Spielen gelten besondere Sicherheitsvorschriften. Dazu gehört, dass die Gastmannschaft von Polizistinnen und Polizisten des Herkunftsstaates begleitet wird. Wie die spanische Bot-

schaft in Berlin bereits am Tag nach dem Spiel mitteilte, waren während des Spiels drei Beamte der bayerischen Landespolizei sowie acht Sicherheitsbegleiter des FC Bayern München als Vermittler zwischen Gastmannschaft und spanischer Polizei vor Ort.

Derzeit sind in Madrid fünf Gerichtsverfahren zu den Vorfällen vom 18. April 2017 anhängig. Die Bundesregierung wird diese aufmerksam verfolgen, respektiert jedoch die Unabhängigkeit der zuständigen Gerichte und nimmt zu laufenden Verfahren grundsätzlich nicht Stellung. Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass die spanische Justiz die Vorfälle nach rechtsstaatlichen Prinzipien aufarbeiten wird.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke at the end.